**TOP 2: Prüfergebnis zur Ausgestaltung einer leistungsgerechten
Bezahlung in der Kindertagespflege**

Ausgangssituation

In der Sitzung des Unterausschusses vom 08.12.2010 wurde die Einführung einer freiwilligen Vereinbarung zwischen den Tagespflegepersonen aus Sankt Augustin und der Verwaltung vereinbart. Mit Unterzeichnung der Vereinbarung bestätigt die Tagespflegeperson, auf private Zuzahlungen von Eltern bei gleichzeitiger Gewährung einer öffentlichen Förderung zu verzichten. Die Einführung der freiwilligen Vereinbarung erfolgt zu Beginn des neuen Kindergartenjahres 2011/2012.

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 17.01.2011 wurden die Tagespflegepersonen über die kommende Änderung informiert. Seitens der Tagespflegepersonen wurde im Anschluss daran Kontakt zu den politischen Vertretern und dem Verwaltungsvorstand aufgenommen, mit der Bitte, diese Änderung zurückzunehmen.

Herr Lübken sicherte den Tagespflegepersonen auf dem Kindertagespflegetreffen am 17.02.2011 zu, dass die Definition der Ausgestaltung einer leistungsgerechten Bezahlung erneut überprüft wird. Die Einführung der freiwilligen Vereinbarung zum 01.08.2011 bleibt hiervon unberührt.

Prüfergebnis der Fachverwaltung

Im Rahmen der Überprüfung wurde eine schriftliche Anfrage beim Bundesverband für Kindertagespflege e. V. in Berlin vorgenommen. Der Bundesverband für Kindertagespflege e. V. ist ein Fachverband für die Kindertagespflege in Deutschland. Er vertritt die Interessen der Kindertagespflege auf Bundes- und Länderebene sowie international.

Frau Dr. Eveline Gerszonowicz, Mitarbeiterin und wissenschaftliche Referentin in der Geschäftsstelle des Bundesverbandes, bestätigte, dass derzeit die unterschiedlichsten Beträge zur Definition einer „leistungsgerechten Bezahlung“ in der Kindertagespflege kursieren. Sie teilte weiter mit, dass der seitens der Bundesregierung benannte Stundensatz in Höhe von 4,20 € aus einer Zeit stamme, als der Begriff der leistungsgerechten Bezahlung noch nicht im Gesetz verankert war.

Sie führte weiter an, dass der Bundesverband für Kindertagespflege e. V. mittlerweile von der Empfehlung fester Beträge zu Gunsten der differenzierteren Definition „leistungsgerecht“ Abstand genommen habe. Eine konkrete Position des Bundesverbandes soll in nächster Zukunft erfolgen. Der Bundesverband für Kindertagespflege e. V. ist allerdings grundsätzlich der Ansicht, dass einer Tagespflegeperson mindestens bei voller Belegung mit fünf Kindern möglich sein müsse, ein Existenz sicherndes Einkommen zu erzielen. Laut Aussage von Frau Dr. Gerszonowicz wird es in nächster Zukunft hierzu vom Bundesverband eine konkrete Aussage zu geben.

Eine weitere Orientierung zur Fragestellung über die Definition einer leistungsgerechten Bezahlung bietet das Urteil des Verwaltungsgerichtes Oldenburg vom 21.02.2011. Das Verwaltungsgericht Oldenburg setzte sich in seinem Urteil detailliert mit der Fragestellung der leistungsgerechten Ausgestaltung der Geldleistung auseinander. In diesem Fall war die Klägerin eine Tagespflegeperson, die gegen die Stadt Oldenburg im Rahmen der Erstattung von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung klagte. In diesem Kontext wurde die Thematik der leistungsgerechten Bezahlung betrachtet, da die Tagespflegeperson gegenüber der Stadt Oldenburg deutlich angegeben habe, dass sie pro Kind und Betreuungsstunde insgesamt 5,00 € verlangen würde, und auch nicht bereit wäre im Einzelfall zu dem vom Jugendamt Oldenburg geförderten Stundensatz von 3,00 € pro Kind/Stunde Kinder zu betreuen.

Das Verwaltungsgericht Oldenburg kam zu dem Ergebnis, dass im Einzelfall nicht abstrakt festgelegt werden kann, was leistungsgerecht ist, sondern sich dies stets nach den Gegebenheiten vor Ort bestimmt. Das VG kam zu der Überzeugung, dass in Oldenburg in den Jahren 2009/2010 und zum Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung im Februar 2011 der Betrag für Sachaufwand und Anerkennungsbetrag dann leistungsgerecht ist, wenn er im Bereich von 4,00 € bis 5,00 € liegt.

Das Gericht führte weiter aus, dass diese Angabe sich auch im Rahmen dessen hält, was nach aktuellen Stellungnahmen von Gesetzgeber und Verbänden als leistungsgerecht angesehen wird. So würde der Bundesgesetzgeber in seiner Berechnung der finanziellen Auswirkungen des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) einen Betreuungssatz von 4,20 € zugrunde legen (BR-Drs. 295/08, S. 45).

Weiterhin stellte das Gericht fest, dass der Bundesverband für Kindertagespflege e. V. nach dem Handbuch Kindertagespflege des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einen Betrag von 5,50 € pro Stunde und Kind, worin auch schon die Kosten der Ernährung des Tageskindes und die Sozialversicherungsbeiträge der Tagesmutter enthalten sein sollen, empfiehlt (www.bmfsfj.de >Kinder und Jugend>Handbuch Kindertagespflege, Kap. 3.6.1.).

Hierzu ist jedoch festzustellen, dass der Bundesverband Kindertagespflege e. V. wie zu Beginn erläutert sich von dieser Äußerung distanziert hat. Darüber hinaus ist eine Einbindung der Sozialversicherungsbeiträge in einen festen Betrag rechtlich unzulässig.

Des Weiteren wurde seitens des BMFSFJ mitgeteilt, dass aufgrund der unübersehbaren Vielfalt der Tagespflegeverhältnisse typisierende Beispiel-Berechnungen nicht möglich seien. Bereits Aussagen über durchschnittliche Stundenlöhne von Tagespflegepersonen würden sich aufgrund der unterschiedlichen Vergütungssysteme vor Ort nicht treffen lassen. Belastbare Angaben zur Höhe des von Tagespflegepersonen zu versteuernden Einkommens sind aus diesem Grund aus Sicht des BMFSFJ nicht möglich, zumal diese wiederum von der gewählten Steuerklasse, etwaigen Zusatzeinkommen und dem Einkommen des Ehepartners abhängig ist (Auszug aus einem Interview im Dezember 2008 zu den Änderungen des KiföG).

Zusammenfassend lässt sich somit feststellen, dass die derzeitige Ausgestaltung der städtischen Förderleistung nach den aktuellen Stellungnahmen von Gesetzgeber und Verbänden als leistungsgerecht einzustufen ist.

Prüfergebnis der Tagespflegepersonen aus Sankt Augustin

Parallel zu der Überprüfung der Definition leistungsgerechte Bezahlung durch die Fachverwaltung wurden die Tagespflegepersonen aus Sankt Augustin aufgefordert, ihre Vorstellungen zur Prüfung der Fragestellung „was ist eine leistungsgerechte Bezahlung“ zu benennen. Das Prüfergebnis wurde in schriftlicher, anonymisierter Form der Fachverwaltung zugetragen. Das Schreiben ist der Vorlage als **Anlage 2** beigelegt, so dass auf die konkreten Begründungen zu diesen Vorschlägen in der Vorlage nicht näher eingegangen wird.

Zusammenfassung der Prüfergebnisse

Die Prüfergebnisse beinhalten folgende Möglichkeiten:

Variante 1 (Vorschlag Fachverwaltung)

Die derzeitige Ausgestaltung der städtischen Förderleistung in drei Geldleistungsstufen:

Stufe 1 = 4,20 € (Anerkennungs- und Sachkostenbeitrag)

Stufe 2 = 4,50 € (Anerkennungs- und Sachkostenbeitrag)

Stufe 3 = 5,00 € (Anerkennungs- und Sachkostenbeitrag)

bleibt weiterhin bestehen. Den Tagespflegepersonen obliegt die Möglichkeit bei einer Betreuung des Kindes über Mittag eine Verpflegungspauschale in Höhe von 2,05 € pro Kind/Tag analog der städtischen Kindertageseinrichtungen von den Personensorgeberechtigten zu erheben.

Finanzielle Auswirkungen: Keine Änderungen, da im Haushalt 2011 berücksichtigt. Der städtische Eigenfinanzierungsbetrag pro Kind und Platz in Kindertagespflege beziffert sich 2011 auf 7.081,00 € p. a.

Variante 2 (Vorschlag Tagespflegepersonen)

Die Ausgestaltung der städtischen Förderleistung würde in drei Geldleistungsstufen erfolgen:

Stufe 1 = 4,20 € (Anerkennungs- und Sachkostenbeitrag)

Stufe 2 = 4,50 € (Anerkennungs- und Sachkostenbeitrag)

Stufe 3 = 6,88 € (Anerkennungs- und Sachkostenbeitrag)

Den Tagespflegepersonen obliegt die Möglichkeit bei einer Betreuung des Kindes über Mittag eine Verpflegungspauschale in Höhe von 3,00 € pro Kind/Tag von den Personensorgeberechtigten zu erheben.

Zuzüglich:

- Berechnung der Pflegesätze auf Basis von 52 Wochen im Jahr (52 Wochen : 12 Monate = 4,3 Wochen)
- Es wird eine Übergangszahlung für nicht belegte Plätze erwartet.
- Verkürzung des derzeitigen „Bewährungsaufstiegs“ von Stufe 2 in Stufe 3 von drei auf ein Jahr.
- Die Kinderfrau erhält den gleichen Anerkennungsbeitrag wie die Tagesmutter/-vater ohne Sachkostenbetrag.

Finanzielle Auswirkungen: Ja.

- Der städtische Eigenfinanzierungsbeitrag in Kindertagespflege würde bei einer Erhöhung der Förderleistung der Stufe 3 auf 6,88 € pro Kind/Stunde und der

Berechnung der monatlichen Förderleistung mit 4 Wochen insgesamt 9.574,30 € p. a. betragen.

- Bei einer Berechnung der monatlichen Förderleistung mit 4,3 Wochen beziffert sich der städtische Eigenfinanzierungsbeitrag auf insgesamt 10.427,65 € pro Kind/Platz.
- Die Erhöhung der Verpflegungspauschale würde zu keiner Erhöhung des städtischen Eigenfinanzierungsbeitrags führen, da diese Geldleistung nicht im Rahmen der öffentlichen Förderung gewährt wird, sondern direkt von den Eltern an die Tagespflegeperson gezahlt würde.
- Eine konkrete Aussage über die Höhe der gewünschten Übergangszahlung ist dem Prüfergebnis der Tagespflegepersonen nicht zu entnehmen. Demnach ist eine Berechnung nicht möglich.
- Bei Einführung der Verkürzung des „Bewährungsaufstiegs“ von Stufe 2 in Stufe 3 auf ein Jahr wären zum Zeitpunkt 01.08.2011 insgesamt 14 Tagespflegepersonen betroffen. Der im Schreiben benannte Bewährungsaufstieg zwischen Stufe 1 und Stufe 2 existiert in den städtischen Richtlinien nicht.
- Gemäß BMFSFJ vom 13.04.2007 (Az. IV C 3 – S 2342/07/0001) kann eine Tagespflegeperson keinen pauschalen Betriebsausgabenabzug (Sachkostenbeitrag) erhalten, wenn sie die Kinder im Haushalt der Eltern oder in anderen Räumlichkeiten betreut, für die sie keine Miete zahlt. Die Kinderfrau erhält somit unweigerlich den Anerkennungsbeitrag analog einer Tagesmutter/Tagesvater, die ihre Tätigkeit im eigenen Haushalt oder in anderen Räumen ausführt.

Variante 3 (Vorschlag Tagespflegepersonen)

Dynamisches Vergütungsmodell:

Anzahl der betreuten Kinder	Anerkennungsbeitrag pro Kind/Stunde				
1 Kind	6,00 €				
2 Kinder	6,00 €	6,00 €			
3 Kinder	6,00 €	6,00 €	6,00 €		
4 Kinder	6,00 €	6,00 €	6,00 €	5,00 €	
5 Kinder	6,00 €	6,00 €	6,00 €	5,00 €	4,00 €

Die Sachkostenpauschale i. H. v. 1,88 € würde zuzüglich pro Kind/Stunde gezahlt. Keine zusätzliche Erhebung von Verpflegungsgeld.

Zuzüglich:

- Berechnung der Pflegesätze auf Basis von 52 Wochen im Jahr (52 Wochen : 12 Monate = 4,3 Wochen)
- Es wird eine Übergangszahlung für nicht belegte Plätze erwartet.
- Verkürzung des derzeitigen „Bewährungsaufstiegs“ von Stufe 2 in Stufe 3 von drei auf ein Jahr.
- Die Kinderfrau erhält den gleichen Anerkennungsbeitrag wie die Tagesmutter/-vater ohne Sachkostenbetrag.

Finanzielle Auswirkungen:

- § 23 Abs. 2 a SGB VIII gibt vor, dass der Betrag zur Anerkennung der Förderungsleistung der Tagespflegeperson leistungsgerecht auszugestalten ist. Dabei sind der zeitliche Umfang der Leistung und die Anzahl sowie der

Förderbedarf der betreuten Kinder zu berücksichtigen. Das dynamische Vergütungsmodell entspräche somit nicht den gesetzlichen Vorgaben, da die Abstufung des Anerkennungsbeitrags (beim 4. Kind auf 5,00 € und beim 5. Kind auf 4,00 €) nicht die Anzahl der Kinder berücksichtigen würde. Aus diesem Grund wurde auf eine Berechnung des städtischen Eigenfinanzierungsbeitrags für diese Variante verzichtet.

Variante 4 (Kompromissvorschlag Fachverwaltung)

Die derzeitige Ausgestaltung der städtischen Förderleistung in drei Geldleistungsstufen:

Stufe 1 = 4,20 € (Anerkennungs- und Sachkostenbeitrag)

Stufe 2 = 4,50 € (Anerkennungs- und Sachkostenbeitrag)

Stufe 3 = 5,00 € (Anerkennungs- und Sachkostenbeitrag)

bleibt weiterhin bestehen.

- Keine Vorgabe über die Höhe der Verpflegungspauschale.
- Die Berechnung der Fördersätze erfolgt weiterhin auf Basis von 4 Wochen pro Monat
- Verkürzung des derzeitigen „Bewährungsaufstiegs“ von Stufe 2 in Stufe 3 von drei auf zwei Jahre.

Begründung zum Kompromissvorschlag der Fachverwaltung

Die Zahlung einer leistungsgerechten Geldleistung an die Tagespflegeperson ist gemäß § 23 Abs. 2 a SGB VIII eine rechtliche Pflichtaufgabe der Kommune. Auf Grundlage der aktuellen richterlichen Urteile und Stellungnahmen vom Gesetzgeber kommt die Stadt Sankt Augustin dieser rechtlichen Pflichtaufgabe bereits nach, so dass die derzeitige städtische Förderleistung in Höhe von 4,20 – 5,00 € aus Sicht der Fachverwaltung als leistungsgerecht einzustufen ist und keiner Änderung bedarf. Die aktuelle Haushaltslage ermöglicht darüber hinaus keinen großzügigen Handlungsspielraum.

Andererseits sind die seitens der Tagespflegepersonen benannten Argumente für eine Anhebung des Anerkennungsbeitrags aus Sicht der Fachverwaltung nachvollziehbar. Es ist Fakt, dass die Anforderungen an die Ausübung der Tätigkeit einer Tagespflegeperson in den letzten Jahren stetig gestiegen sind und ein Vergleich der Ausübung der Tätigkeit als Tagespflegeperson mit der einer Kinderpflegerin aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen nicht herzustellen ist.

Aufgrund des selbständigen Status einer Tagespflegeperson unterliegt diese immer dem Risiko, dass freiwerdende Betreuungsplätze ggf. nicht direkt nach belegt werden können oder eine finanzielle Förderung aufgrund des Wegfalls von Förderkriterien sofort beendet werden muss.

Die Erwirkung eines Kompromisses wäre aus Sicht der Fachverwaltung die beste Lösung im Rahmen des Prüfauftrags „was ist eine leistungsgerechte Bezahlung in der Kindertagespflege?“ Der Kompromiss berücksichtigt die aktuellen richterlichen Urteile und Stellungnahmen des Gesetzgebers und unterstreicht die Anerkennung der Verwaltung an die Tagespflegepersonen für die geleistete Arbeit im Rahmen der Auseinandersetzung mit dieser Thematik und der Arbeit vor Ort.

Keine Vorgabe über die Höhe der Verpflegungspauschale

Wie bereits erwähnt wurde im Rahmen der Einführung der freiwilligen Vereinbarung und der Unterbindung der privaten Zuzahlung von Eltern an die Tagespflegeperson, die Möglichkeit der Erhebung einer Verpflegungspauschale i. H. v. 2,05 € pro Kind/Tag analog der städtischen Kindertageseinrichtungen seitens der Fachverwaltung ab August eingeräumt. Hierzu stellten die Tagespflegepersonen fest, dass diese Verpflegungspauschale auf 3,00 € erhöht werden sollte. Als Begründung führten die Tagespflegepersonen an, dass durch die stetigen Erhöhungen der Lebensmittel- und Strompreise diese Kalkulation als zu gering erachtet wird. Darüber hinaus sind in der Praxis vielfältige Ausgestaltungen des Verpflegungsangebotes vorzufinden (z. B. Biokost, täglich frisch zubereite Speisen).

Die Fachverwaltung schlägt von daher vor, die Vorgabe einer Verpflegungspauschale aufzuheben und es der Einschätzung der Tagespflegeperson zu überlassen, was im Rahmen ihres Angebotes als Verpflegungsleistung von den Eltern erhoben werden soll. Diese Regelung würde zu keiner Erhöhung des städtischen Eigenfinanzierungsbeitrags führen, da diese Geldleistung nicht im Rahmen der öffentlichen Förderung gewährt wird, sondern direkt von den Eltern an die Tagespflegeperson gezahlt würde.

Die Berechnung der Fördersätze erfolgt weiterhin auf Basis von 4 Wochen pro Monat

Die finanzielle Förderung ist eine pauschale Förderung, so dass die derzeitige Berechnung mit 4 Wochen möglich ist. Die Einführung der Berechnungsgrundlage mit 4,3 Wochen ist aus Sicht der Fachverwaltung aufgrund der aktuellen Haushaltssituation nicht realisierbar.

Verkürzung des derzeitigen „Bewährungsaufstiegs“ von Stufe 2 in Stufe 3 von drei auf zwei Jahre.

Derzeit beträgt die Bewährungsaufstiegszeit einer Tagespflegeperson drei Jahre. Der Vorschlag die Verkürzung auf ein Jahr vorzunehmen, wird seitens der Fachverwaltung als kritisch erachtet, da im Rahmen des qualitativen Aufbaus einer Tagespflegestelle und der Einschätzung der fachlichen Weiterentwicklung einer Tagespflegeperson aus Erfahrung ein größerer Zeitraum einzuräumen ist. Vorstellbar wäre die Verkürzung der Bewährungsaufstiegszeiten von Stufe 2 (4,50 €) auf Stufe 3 (5,00 €) auf zwei Jahre vorzunehmen, unter der Voraussetzung, dass eine durchgehende Betreuung von Kindern in dieser Zeit vorgelegen hat. Bei Umsetzung dieser Regelung wären in 2011 nach heutigem Stand sechs Tagespflegepersonen davon betroffen.

Übergangszahlung für nicht belegte Plätze

Aufgrund des selbständigen Status einer Tagespflegeperson unterliegt diese immer dem Risiko, dass frei werdende Betreuungsplätze ggf. nicht direkt nahtlos nach belegt werden können oder eine finanzielle Förderung aufgrund des Wegfalls von Förderkriterien sofort beendet werden muss. Aus diesem Grund ist der Wunsch nach der Leistung einer Übergangszahlung aus Sicht der Fachverwaltung zwar verständlich, aber nicht realisierbar.

Eine Übersicht der finanziellen Entwicklung im Bereich Tagesbetreuung für Kinder

sowie die Auswirkungen der genannten Varianten sind der **Anlage 3** zu entnehmen.

Die Tagespflegepersonen werden über die einzelnen Schritte im Rahmen des Prüfauftrages, die Beratung im Unterausschuss und das Ergebnis informiert.